



Ist eine vierte Regierungsperiode der *Concertación* möglich?

Ein Vorbericht zu den Präsidentschaftswahlen in Chile im
Dezember 2005

Miguel Chávez Albarrán–Enrique Fernández Darraz*



This work is licensed under the Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland License. To view a copy of this license, visit <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>.

The online version of this work can be found at:
<www.iai.spk-berlin.de/publikationen/ibero-analysen.html>



* Miguel Chávez Albarrán ist Soziologe und arbeitet an der Universidad de la Frontera in Temuco. Enrique Fernández Darraz ist Soziologe und Erziehungswissenschaftler, er arbeitet an der Universidad Católica de la Santísima Concepción.



Das Ibero-Amerikanische Institut (IAI) ist ein Disziplinen übergreifend konzipiertes Zentrum der wissenschaftlichen Arbeit sowie des akademischen und kulturellen Austauschs mit Lateinamerika, Spanien und Portugal. Es beherbergt die größte europäische Spezialbibliothek für den ibero-amerikanischen Kulturraum, zugleich die drittgrößte auf diesen Bereich spezialisierte Bibliothek weltweit. Gleichzeitig erfüllt das IAI eine Funktion als Stätte der außeruniversitären wissenschaftlichen Forschung sowie als Forum des Dialogs zwischen Deutschland, Europa und Ibero-Amerika.

Die **IBERO-ANALYSEN** richten sich in erster Linie an Entscheidungsträger aus Politik, Kultur und Wirtschaft. Sie greifen themenorientierte und länderbezogene Fragestellungen auf und liefern aktualitätsbezogene, aber über den tagespolitischen Horizont hinausreichende Informationen zu Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur der Länder Ibero-Amerikas. Ausgewiesene Fachwissenschaftler bieten in den **IBERO-ANALYSEN** Orientierungswissen in allgemeinverständlicher Form, das den interkulturellen Dialog zwischen Deutschland und dem ibero-amerikanischen Kulturraum anregen und unterstützen soll.

Das Ibero-Amerikanische Institut bemüht sich, in seinen Publikationen vielfältige Meinungen zu Wort kommen zu lassen. Diese stellen jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des IAI dar. Die **IBERO-ANALYSEN** sind für den persönlichen Gebrauch bestimmt. Nachdruck nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des IAI und mit vollständiger Quellenangabe. Die **IBERO-ANALYSEN** können auch über die Homepage des IAI im PDF-Format heruntergeladen werden:
(<http://www.ibero-analysen.de>).

Redaktion

Dr. Peter Birle
Ibero-Amerikanisches Institut Preußischer Kulturbesitz
Forschungsabteilung
Potsdamer Straße 37
10785 Berlin
Telefon: 030 – 2662515
Telefax: 030 – 2662503
e-mail: birle@iai.spk-berlin.de
<http://www.iai.spk-berlin.de>

Mitarbeit bei der Redaktion dieser Ausgabe: Markus Rauchecker

1. Auflage 2005

© Ibero-Amerikanisches Institut Preußischer Kulturbesitz, Potsdamer Straße 37,
10785 Berlin

ISBN 3-935656-24-6

Ist eine vierte Regierungsperiode der *Concertación* möglich?

Ein Vorbericht zu den Präsidentschaftswahlen in Chile im Dezember 2005

Miguel Chavéz Albarrán – Enrique Fernández Darraz

Einleitung¹

Am 11. Dezember 2005 finden in Chile Präsidentschaftswahlen statt. Neuere Meinungsumfragen bescheinigen der Kandidatin der Regierungskoalition *Concertación*², Michelle Bachelet von der Sozialistischen Partei (PS), gute Chancen auf einen Sieg. Noch Anfang 2004 sah es nicht so aus, als ob eine vierte Regierungsperiode der *Concertación* realistisch wäre. Welche Veränderungen in der politischen Landschaft Chiles haben seitdem zu einem Umschwung der Wählerpräferenzen geführt? Einige Erklärungen beziehen sich auf die aktuelle politische Lage und auf die charismatischen Persönlichkeiten von Präsident Ricardo Lagos und Präsidentschaftskandidatin Michelle Bachelet. Andere Argumentationen rücken strukturelle Aspekte in den Mittelpunkt und führen die aktuelle Wäh-

lerstimmung auf die im Vergleich zu anderen Ländern der Region einzigartige Konsolidierung der Demokratie in Chile zurück. Der vorliegende Beitrag setzt sich näher mit diesen Argumenten auseinander.

Wähler und Wählerverhalten

Bis Mai 2005 sah es so aus, als ob sich bei den Wahlen im Dezember 2005 drei Kandidaten um das Amt des Staatspräsidenten bewerben würden: zwei aus dem Lager der *Concertación*, Soledad Alvear von der Christdemokratischen Partei (*Partido Demócrata Cristiano*, PDC) und Michelle Bachelet von der PS, sowie der rechtsgerichtete Joaquín Lavín als Kandidat der Unabhängigen Demokratischen Union (*Unión Demócrata Independiente*, UDI). Bis Anfang 2004 bescheinigten Meinungsumfragen Lavín, der während der Pinochet-Diktatur einmal an der Regierung beteiligt war, einen klaren Vorsprung vor seinen Mitbewerberinnen (siehe Tabelle 1).

Bereits bei den Präsidentschaftswahlen von 1999 konnte sich der spätere Präsident Ricardo Lagos nur knapp gegen Lavín durchsetzen. Im ersten Wahlgang erhielten beide Kandidaten 47% der Stimmen. Im zweiten Wahlgang siegte Lagos mit 51,3% der Stimmen gegenüber 48,7% für Joaquín Lavín. Bei diesen

Noch Anfang 2004 sah es nicht so aus, als ob eine vierte Regierungsperiode der *Concertación* realistisch wäre. Welche Veränderungen in der politischen Landschaft Chiles haben seitdem zu einem Umschwung der Wählerpräferenzen geführt?

1 Die zur Ausarbeitung des Beitrages verwendeten Informationen wurden von María Constanza Garrido und Katia Valenzuela zusammen gestellt. Wir danken ihnen für ihre wertvolle Hilfe.

2 Die Regierungskoalition (*Concertación de Partidos por la Democracia*) wird von vier Parteien gebildet: Christdemokratische Partei (PDC), Partei für die Demokratie (PPD), Sozialistische Partei (PS) und Radikale Partei (PR). Sie stehen für die christlich-humanistische und die humanistisch-weltliche Strömungen.

Wahlen spielten allerdings die inzwischen überwundenen wirtschaftlichen Folgen der Asienkrise und vereinzelte Bedenken gegenüber ei-

nem sozialistischen Präsidentschaftskandidaten eine nicht unerhebliche Rolle.

Tabelle 1: Wählerpräferenzen bei Umfragen in den Jahren 2002-2003					
Umfrage			Kandidaten		
Institut	Frage	Datum der Umfrage	Joaquín Lavín (UDI)	Michelle Bachelet (PS)	Soledad Alvear (PDC)
CERC	Welche Politiker haben die besten Zukunftsperspektiven?	12/2003	54%	39%	38%
IPSOS	Welchen Kandidaten würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Wahlen stattfinden würden?	01/2002-05/2003	29,7%	9,3%	6,6%
Quelle: Eigene Zusammenstellung auf der Grundlage von Presseinformationen					

Ab Mitte 2004 begannen sich die Präferenzen der chilenischen Wählerschaft zu verschieben (siehe Tabelle 2). Wir gehen davon aus, dass dafür tiefer liegende Ursachen als die Persönlichkeit und das politische Engagement von Präsident Lagos und das Charisma der Kandidatin

Michelle Bachelet verantwortlich waren. Lagos erfreut sich fünf Jahre nach Übernahme der Amtsgeschäfte einer Zustimmung durch 70% der Bevölkerung, ein einzigartiges Phänomen in der chilenischen Geschichte.

Tabelle 2: Wählerpräferenzen bei Umfragen in den Jahren 2004-2005					
Umfrage			Kandidaten		
Institut	Frage	Datum der Umfrage	Joaquín Lavín (UDI)	Michelle Bachelet (PS)	Soledad Alvear (PDC)
CERC	Welche Politiker haben die besten Zukunftsperspektiven?	12/2004	42%	51%	39%
IPSOS	Wer wird der nächste Präsident von Chile sein?	11/2004	26%	53%	12%
Fundación Chile 21	Welchen Kandidaten würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Wahlen stattfinden würden?	12/2004	26%	51,0%	15,7%
Consultora Feedback / La Tercera	Identische Frage	03/2005	25, 0%	43,2%	12,0%
		12/2004	27,0%	44,7%	8,2%
Quelle: Eigene Zusammenstellung auf der Grundlage von Presseinformationen					

Mitte des Jahres 2005 kam es zu grundlegenden Veränderungen in der politischen Landschaft Chiles. Die Opposition spaltete sich und die Partei der Nationalen Erneuerung (*Renovación Nacional*, RN) stellte einen eigenen Präsidentschaftskandidaten auf: Sebastián Piñera, ein Unternehmer, der sich vom Erbe der Pinochet-Diktatur distanziert, vertritt den liberalen Sektor der Rechten und versucht, Wählerstimmen aus dem Lager der politischen Mitte zu gewinnen, die zur Stammwählerschaft der *Concertación* gehört. Eine andere wichtige Entwicklung betraf die Regierungskoalition selbst: Die Kandidatin der

PDC, Soledad Alvear, verzichtete zu Gunsten von Michelle Bachelet auf ihre Kandidatur.

Durch diese Ereignisse veränderten sich die Wählerpräferenzen, und zwar vor allem in Bezug auf Joaquín Lavín, den Kandidaten der UDI, und nicht wie viele Experten erwartet hatten für Michelle Bachelet. Insgesamt konnte die Rechte ihren Stimmenanteil steigern (siehe Tabelle 3). Wodurch wurde dieser Wandel hervorgerufen? Welche Gründe führten zum Abrutschen des Kandidaten der traditionellen Rechten, Joaquín Lavín, in der Wählergunst?

Der Erfolg der *Concertación* kann unseres Erachtens in erster Linie dadurch erklärt werden, dass es ihr gelang, das politische System Chiles mittels demokratischer Legitimation und effizientem Regierungshandeln nachhaltig zu institutionalisieren und zu stärken.

Tabelle 3: Wahlprognosen für die Präsidentschaftswahlen 2005					
Umfrage			Kandidaten		
Institut	Frage	Datum der Umfrage	Joaquín Lavín (UDI)	Michelle Bachelet (PS)	Sebastián Piñera (RN)
La Tercera	Welchen Kandidaten würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Wahlen stattfinden würden?	05/2005	18,2%	41,5%	13,5%
IPSOS	Identische Frage	06/2005	21%	49%	18%
CEP	Identische Frage	07/2005	22%	45%	14%
Quelle: Eigene Zusammenstellung auf der Grundlage von Presseinformationen					

Die *Concertación* als sozial-liberales demokratisches Projekt

Der Erfolg der *Concertación* kann unseres Erachtens in erster Linie dadurch erklärt werden, dass es ihr gelang, das politische System Chiles mittels demokratischer Legitimation und effizientem Regierungshandeln nachhaltig zu institutionalisieren und zu stärken. Diese Errungenschaft ist umso beachtlicher, als sie in einem Kontext stattfand, den man als *periphere Modernität* be-

zeichnen kann und der sich durch ein hohes Maß an sozialer Ausgrenzung und eine chronische Schwäche der Demokratie als politischer und sozialer Mechanismus zur Konfliktregulierung auszeichnet. Genau dieser Erfolg macht die Besonderheit dessen aus, was gemeinhin als das *chilenische Modell* bezeichnet wird.

Die erste Errungenschaft der *Concertación* – seinerzeit nur ein politisches Projekt – bestand darin, sich der Herausforderung durch das diktatorische Regime zu stellen und

Die *Concertación* und die von ihr geführten Regierungen haben einen entscheidenden Beitrag zur Transformation des politischen Systems geleistet und der Vorwurf, sie seien lediglich Verwalter des neoliberalen Modells des Pinochet-Regimes, trifft heute nicht mehr zu.

dieses bei der Volksabstimmung am 5. Oktober 1988 und bei den Wahlen im Dezember 1989 zu besiegen. In der Folgezeit bemühte sich die Regierungskoalition darum, die autoritären Enklaven in der durch das Pinochet-Regime 1980 erlassenen Verfassung zu beseitigen und den Erwartungen der chilenischen Gesellschaft nach mehr sozialer Inklusion gerecht zu werden. Es gelang ihr auch, die angesichts ihrer Kritik am Neoliberalismus aufgekommenen Zweifel an ihrem Marktverständnis zu entkräften, ohne dabei auf populistische Praktiken zurückzugreifen, wie die Rechte es prophezeit hatte. Die Erneuerung des politischen Systems wird an drei zentralen Elementen deutlich: an der Distanzierung gegenüber dem Populismus, gegenüber der autoritären Kultur der Linken sowie gegenüber der „sozialen Basis“ als einer üblichen Form der politischen Repräsentation im Rahmen des alten Schemas. Zur Überraschung vieler Beobachter nahm diese Distanzierung unter dem sozialistischen Präsidenten Lagos sogar noch zu.

Die zentrale These dieses Artikels lautet: Die *Concertación* und die von ihr geführten Regierungen haben einen entscheidenden Beitrag zur Transformation des politischen Systems geleistet und der Vorwurf, sie seien lediglich Verwalter des neoliberalen Modells des Pinochet-Regimes, trifft heute nicht mehr zu. Eine derartige Sichtweise lässt die Erfolge der *Concertación* außer Acht und berücksichtigt nicht die Hürden, mit denen sie zu Beginn ihrer Regierungszeit konfrontiert war. Aus einer solchen Perspektive lässt sich auch nicht erklären, warum einige Aufgaben noch immer ungelöst sind

und welchen Herausforderungen die Regierungen sich in den kommenden Jahren hinsichtlich so komplexer Themen wie Finanzmärkte, Gesundheitswesen, soziale Ausgrenzung und Umwelt noch stellen müssen.

Im Hinblick auf die Transformation des demokratischen Systems in Chile muss zwischen dem Projekt der *Concertación* einerseits (deren Entstehung, Werdegang und parlamentarischer Vertretung) und der Politik ihrer Regierungen andererseits unterschieden werden. Die Regierungen zeichnen sich durch eine Strategie der produktiven und kreativen Konzertierung mit den wichtigen gesellschaftlichen Akteuren aus. Dadurch ist ein höchst innovatives Politikmodell entstanden, das auf Elemente wie Konsens, Vereinbarungen, Verhandlungsrunden und ausgleichende Institutionen setzt, die ihrerseits den demokratischen Charakter des politischen Systems weiter verstärkt und vertieft haben.

Mit den im Juli 2005 beschlossenen und im August ratifizierten Verfassungsreformen wurden die noch vorhandenen autoritären Enklaven beseitigt und der Übergang zur Demokratie beendet (siehe Übersicht 1). Wir können daher davon ausgehen, dass sich in Chile gegenwärtig ein politisches System konsolidiert, in dem es schwieriger als früher sein wird, auf populistische und autoritäre Politikstrategien zurückzugreifen. Wir beziehen uns damit auf die Unterscheidung zwischen sozial-liberalen und liberal-sozialen Strategien, die wiederum auf die Differenzen zwischen der *Concertación* und einem Sektor der Rechten verweist.

Übersicht 1: Verfassungsänderungen, mit denen die autoritären Enklaven der Pinochet-Verfassung beseitigt werden

Am 16. August 2005 ratifizierten die beiden Häuser des chilenischen Kongresses eine seit Juli 2000 diskutierte und zuvor bereits von Abgeordnetenhaus und Senat in separaten Sitzungen angenommene Reform der Verfassung von 1980. Die wichtigsten Reformen sind:

- Verringerung der Amtszeit des Staatspräsidenten von sechs auf vier Jahre.
- Abschaffung aller nicht aus Wahlen hervorgegangenen Senatorenposten zum 11. März 2006. Von diesem Zeitpunkt an werden alle Senatoren direkt gewählt. Bislang verfügen neben den 38 gewählten Senatoren auch die ehemaligen Staatspräsidenten sowie 9 „institutionelle“ Senatoren über Stimmrecht im Senat: vier durch den Nationalen Sicherheitsrat bestimmte ehemalige Generäle der Streitkräfte, drei durch den Obersten Gerichtshof ernannte Personen sowie zwei durch den Staatspräsidenten designierte.
- Die Aufteilung in eine normale und eine außergewöhnliche Legislaturperiode des Nationalkongresses wird abgeschafft. In Zukunft gibt es nur noch eine Legislaturperiode, die das ganze Jahr dauert.
- In Zukunft kann der Staatspräsident nach vorhergehender Information des Senats die Oberkommandierenden der Teilstreitkräfte ihrer Ämter entheben. Dies war bislang nicht möglich.
- Das Wahlsystem ist in Zukunft nicht mehr Bestandteil der Verfassung, so dass eine Änderung des Wahlrechts möglich wird.
- Die Untersuchungskommissionen des Abgeordnetenhauses erhalten Verfassungsrang. Die von ihnen zur Anhörung einberufenen Minister sind zum Erscheinen verpflichtet.
- Die Mitgliederzahl des Verfassungstribunals wird von acht auf zehn erhöht. Drei werden vom Präsidenten ernannt, drei durch den Obersten Gerichtshof, vier durch den Nationalkongress. Bislang waren die Streitkräfte durch den Nationalen Sicherheitsrat an diesem Prozess beteiligt.
- Der Nationale Sicherheitsrat fungiert in Zukunft lediglich als Beratungsgremium des Staatspräsidenten und kann auch nur durch diesen einberufen werden. Zuvor konnte er sich selbst auf Verlangen eines Teils seiner Mitglieder einberufen.
- Die Streitkräfte gelten in Zukunft nicht mehr als „Garanten der Institutionalität“.
- Alle im Ausland geborenen Kinder chilenischer Väter oder Mütter erhalten die chilenische Staatsbürgerschaft.
- Für die Erklärung des Ausnahmezustandes durch den Staatspräsidenten ist in Zukunft die Zustimmung des Kongresses notwendig. Bislang musste die Legislative nicht zustimmen.

Die Etablierung der neuen politischen Matrix konfrontiert die Rechte mit einer Reihe von Herausforderungen. Sie muss sich vom Populismus, vom Autoritarismus und von der eindeutigen Vertretung der Interessen bestimmter Gruppen der chilenischen Gesellschaft (Unternehmer, konservative katholische Gruppen, Militär) lösen.

Die zentralen Aspekte unserer Argumentation können folgendermaßen zusammengefasst werden: a) Durch die Art und Weise, wie sie sich ihrem Verhältnis zur traditionel-

len „politischen Mitte“ gestellt hat, ist die *Concertación* zu einem attraktiven Projekt für einen großen Teil der chilenischen Gesellschaft geworden. b) Dank der Einführung neuer Politikstile und der damit einhergehenden Schaffung von Räumen für Diskussionen, Entscheidungen und Konzertierungsprozesse gelang eine Erneuerung des politischen Systems, die wiederum der *Concertación* eine hohe demokratische Legitimität und Effizienz verleiht.

Durch die Art und Weise, wie sie sich ihrem Verhältnis zur traditionellen „politischen Mitte“ gestellt hat, ist die *Concertación* zu einem attraktiven Projekt für einen großen Teil der chilenischen Gesellschaft geworden.

Im Folgenden werden wir unsere Thesen durch die Analyse verschiedener Aspekte der chilenischen Politik erläutern. Dabei geht es zum einen um das Wiederauftauchen der „Semantik der Mitte“, zum anderen um die neuen Politikstile, insbesondere in einigen wichtigen Konfliktbereichen: den Beziehungen zu den Unternehmern, zur Kirche sowie zu den Streitkräften. Abschließend werden wir uns mit einigen noch offenen zukünftigen Aufgaben und Herausforderungen befassen.

Die Semantik der Mitte

Um nachzuvollziehen, warum sich die Wählerpräferenzen verschoben haben und warum die *Concertación* erneut zu einem interessanten politischen Angebot geworden ist, muss zunächst der Wandel analysiert werden, der in der politischen Mitte stattfand. Seit Beginn der Kampagnen zur Präsidentschaftswahl drehte sich ein großer Teil der für die Entwicklung der einzelnen Kandidaturen wichtigen Diskussionen um die politische Mitte. Es handelt sich um eine Beschreibung der sozio-politischen Entwicklung des Landes, die von einer wirtschaftlichen Schwächung der mittleren Schichten und Klassen ausgeht und gleichzeitig die Auffassung vertritt, dass dies notwendigerweise zu einer Krise des demokratischen Systems führen muss oder zumindest seine Stabilität negativ beeinflusst. Konkret können wir in den letzten Monaten eine Kampagne zur „Eroberung der politischen Mitte“ beobachten. Unserer Ansicht nach werden mit dieser Wahlkampfstrategie, die die in der politisch-kulturellen Vorstellungswelt Chiles stark verwurzelte politische Mitte zu reaktivieren versucht, die politischen Herausforderungen vereinfacht und Ef-

fekt heischend angegangen. Daher sind nur kurzfristige Erfolge zu erwarten, denn die hergestellten sozio-strukturellen Bezüge treffen auf wenig Echo in einer stark veränderten Gesellschaft. Dies gilt gleichermaßen für die verwendeten kulturellen Symbole. Die institutionelle Basis, auf die sie zurückgreifen, ist geschwächt, nicht nur auf Grund der Politik des Pinochet-Regimes, sondern auch wegen der größeren sozio-strukturellen Vielfalt der heutigen chilenischen Gesellschaft.

In diese Formel der Mitte wird zudem ein grob vereinfachendes Argumentationsschema integriert. Es wird von einem Rechtsruck der Linken bzw. des chilenischen Sozialismus vor allem mit Bezug auf die PS gesprochen. In den Augen ihrer Kritiker ist dies ein gerechtfertigter Vorwurf, wobei aber nicht die sich schon seit langem vollziehende interne Entwicklung des chilenischen Sozialismus berücksichtigt wird.³ Diese Kritik spielt in der alltäglichen politischen Auseinandersetzung eine Rolle, aber sie hat nur geringe Wirkung, da sie nicht in Richtung einer Annäherung der sozialistischen Kreise an die traditionelle Linke oder die alternativen marxistisch inspirierten gesellschaftlichen Bewegungen wirkt. Das Gegenteil ist der Fall. Die Sozialisten stärken ihre Chancen auf einen erneuten Regierungsauftrag durch die Demonstration ihrer Regierungsfähigkeit.

Wie schwach das Argument des *Zentrierens* der Politik und der chi-

3 Diese Kritik wird vor allem von der außerparlamentarischen Linken geäußert, aber auch von Parteien der Rechten, die so opportunistisch zeigen wollen, wie „inkonsequent“ der chilenische Sozialismus ist und wie er das Modell der Diktatur übernommen und optimiert hat.

lenischen Gesellschaft ist, wird an einer Frage deutlich: Haben die Sozialisten heute etwas zu verbergen, nachdem sie im Verlauf ihrer 17 Regierungsjahre immer den Konsens anstrebten? Müssen die Sozialisten sich als politische Mitte maskieren, die bei einer anderen sozio-politischen Konstellation ihre *eigentlichen* Projekte realisieren würde? Gibt es diese anderen Projekte?

Die Transformation des politischen Systems hat eine neue Mitte hervorgebracht, indem neue Themen, insbesondere solche der Konsolidierung zivilisierter Formen der Konfliktbewältigung, in die politische Kommunikation einbezogen wurden. Dies bedeutet wiederum, legitim getroffene Entscheidungen verbindlich zu akzeptieren. Es ist zutreffend, dass viele Forderungen nicht berücksichtigt werden können. Aber man ist sich einig, dass nur durch politische Diskussions- und Verhandlungsprozesse das Spektrum der Forderungen erweitert und einer Entscheidung unterworfen werden kann.

Die sozio-strukturelle Mitte und ihre gesellschaftliche Vertretung haben eine deutliche Schwächung erfahren. An ihrer Stelle ist eine symbolische Mitte entstanden, die sich wie folgt charakterisieren lässt: a) die Bildung neuer kultureller Muster mit höchst heterogenen und gleichzeitig sehr rigiden normativen Perspektiven, b) das Aufkommen eines in Bezug auf die Werte konvergenten gesellschaftlichen Raumes, wobei es sich um Werte handelt, die allgemein als fundamentale Güter bezeichnet werden (Themen wie Menschenrechte, Bürgerrechte, Verbraucherrechte, staatsbürgerliches Verhalten, Pluralismus, Transparenz etc.) und c) die Ausbreitung von

Werten, die als hedonistisch eingestuft werden können (im chilenischen Kontext ist in diesem Zusammenhang eher von Konsumismus die Rede), d. h. die Orientierung an bestimmten Konsummustern und das Streben nach beruflichem Erfolg.

Diese symbolische Mitte wirkt auf Grund ihrer Eigenschaften nicht nur auf die Politik zivilisierend, sondern auf die gesamte Gesellschaft. Sie findet ihren Ausdruck in Bürgerbewegungen und in den unterschiedlichsten Formen der Gesellschaftskritik. Es handelt sich um einen Raum, der die gesellschaftliche Teilhabe fördert. Seine Heterogenität erweist sich als attraktiv. Daher ist die *Concertación* heutzutage für dieses Universum, an dessen Entstehung sie zum Teil selbst mitgewirkt hat, funktional.

Ein Beispiel in Bezug auf die Präsidentschaftskandidaturen und das Handeln der politischen Parteien kann die Bedeutung dieser neuen Mitte für die Politik verdeutlichen und erklären, warum die *Concertación* zu einem attraktiven politischen Angebot wurde. Wenn wir davon ausgehen, dass heterogene Gesellschaften nicht nur die Tendenz zum Rückzug auf das Eigene fördern, sondern auch die Notwendigkeit von Pluralismus und Toleranz in den verschiedensten Bereichen, dann kann dieser Bedarf an Freiheit und Liberalismus wohl kaum mit einer ausgrenzenden, chauvinistischen und autoritären Rechten assoziiert werden, d.h. jener Rechten, die für Liberalismus ohne Freiheit steht, wie es der mittlerweile klassischen Kombination in den rechten Parteien der peripheren Moderne entspricht, die wirtschaftlichen Liberalismus mit gesellschaftli-

Die Transformation des politischen Systems hat eine neue Mitte hervorgebracht, indem neue Themen, insbesondere solche der Konsolidierung zivilisierter Formen der Konfliktbewältigung, in die politische Kommunikation einbezogen wurden.

Das Aufkommen einer wirklich liberalen und demokratischen Rechten kann das Kräfteverhältnis zwischen den verschiedenen politischen Akteuren verändern, aber es wird nicht jenen symbolischen Raum von freisinnigem und freiheitlichem Bewusstsein beeinflussen, in dem sich die Bürger unabhängig von ihrer parteipolitischen Couleur treffen

chem und kulturellem Autoritarismus verbinden. Es handelt sich dabei bestenfalls um Modernisierung ohne Modernität. Der Bürger oder Konsument kann sich nur schwerlich von dieser Rechten voll vertreten fühlen, auch wenn er ihr angehört oder nahe steht. Selbst wenn er sie wählt, wird sein Verhalten nicht in allen Bereichen dieser Tendenz folgen.

Das Aufkommen einer wirklich liberalen und demokratischen Rechten kann das Kräfteverhältnis zwischen den verschiedenen politischen Akteuren verändern, aber es wird nicht jenen symbolischen Raum von freisinnigem und freiheitlichem Bewusstsein beeinflussen, in dem sich die Bürger unabhängig von ihrer parteipolitischen Couleur treffen. Im Grunde handelt es sich dabei um eine gesellschaftliche Sphäre, die sich stark vom Politischen emanzipiert hat.

Übertragen auf die aktuelle Politik scheint es, dass der Anspruch, sich Richtung Mitte zu bewegen, obsolet ist, insofern innerhalb des Blocks von Sozialisten und PPD in wirtschaftlichen Fragen bereits eine Mitte existiert, in der es neben liberaleren Positionen auch solche gibt, die für mehr Regulierung, beispielsweise in der Steuerpolitik, eintreten. Strenggenommen handelt es sich um einen Disput um die Art und Reichweite der Regulierung, ohne dass jedoch die soziale Marktwirtschaft als solche in Frage gestellt wird. Mehr noch, man strebt ihre Weiterentwicklung mit verstärkter sozialer Inklusion an.

Auf Grund dieses Disputes agiert die *Concertación* sogar als ein die Debatte anziehender Pol und nicht als Akteur, der andere Visionen ausgrenzt. Dies zeigt sich ganz be-

sonders bei den Gesprächen mit den Vertretern der Wirtschaft. Die neue symbolische Mitte übt auch große Anziehungskraft auf eine Vielzahl von Bürgern aus, die sich durch das Streben nach liberalen Werten, sozialer Gerechtigkeit und Pluralismus repräsentiert fühlen.

In diesem Zusammenhang hat die PDC ein größeres Problem. Sie steht vor dem Dilemma, dass die gesellschaftliche Konstellation, die sich herausgebildet hat, sie permanent zwingt, zwischen ihren normativen Grundlagen und den pragmatischen Erfordernissen der Tagespolitik zu trennen. Betont sie allzu sehr ihre kommunitaristische Vision (die einen wichtigen Teil ihrer Existenzgrundlage ausmacht), so leidet darunter ihre Fähigkeit zu gesellschaftlicher Resonanz und zum politischen Verhandeln.

Der Parteivorstand der PDC hat sich für eine Zwischenposition entschieden, um die Mitte zurück zu gewinnen. Man spricht von einer „Korrektur des Modells“. Dies scheint uns eine übertriebene Vereinfachung zu sein, insofern wir davon ausgehen, dass die *Concertación* bereits eine wesentliche Veränderung der neoliberalen Praxis, wie sie der Diktatur eigen war, vorgenommen hat.

Angesichts der sozialen Ausgrenzung und Ungleichheit hat der Diskurs gegen das „Modell“ in dieser Wahlperiode erheblich zugenommen. Aber erstaunlicherweise ist die Forderung nach einer Korrektur des Modells nicht infolge der anhaltenden und traditionellen Kritik seitens der außerparlamentarischen Linken in der politischen Tagesordnung verankert worden, sondern durch die rechten Parteien. Insbesondere die autoritäre und populistische Rechte hat die Regierung der *Con-*

certación mit dieser Herausforderung konfrontiert und verwendet das Thema als Argument um nachzuweisen, dass die gesteckten Ziele nicht erreicht wurden.⁴

Am 24. Mai 2005 trat die Vertreterin der PDC, Soledad Alvear, von ihrer Präsidentschaftskandidatur zurück. Sie war nicht für eine „Korrektur des Modells“ eingetreten, sah sich jedoch als Repräsentantin der Mitte und der durch diese verkörpertten Werte. Wenn sie für ihre Kandidatur keine breite Unterstützung erhalten hatte, so lag dies unserer Ansicht nach nicht an mangelndem Rückhalt durch ihre Partei, sondern daran, dass jene Mitte, an die sie appellierte, nicht mehr existiert oder zumindest nicht mehr die Rolle spielt, die ihr von der traditionellen Politik eingeräumt wurde. Ihrem Rücktritt ging zehn Tage zuvor die Ankündigung der Kandidatur von Sebastián Piñera (RN) voraus. Dieser Kandidat hat die Semantik der Mitte neu belebt und manche Beobachter gehen davon aus, dass er Stimmen aus der politischen Mitte von der PDC gewinnen kann. Dies scheint uns ein voreiliges Urteil zu sein. Die Möglichkeit besteht nur dann, wenn die Rechte das versteht, was die PDC zwar zu spüren scheint, aber bislang noch nicht in ein politisches Konzept umsetzen konnte: dass die alte sozio-struk-

turelle Mitte verschwunden ist und die neue Mitte in erster Linie symbolischer Natur ist.

Unserer Ansicht nach hat die Rechte die Idee einer Mitte als symbolischem Bezugspunkt nicht ernst genommen, was sich heute in der ablehnenden Haltung gegenüber ihren Kandidaten niederschlägt.⁵ Paradoxerweise stehen heute nicht die Mitte-Links-Kräfte, sondern die rechten Parteien vor der Herausforderung einer Erneuerung. Die Konsolidierung einer sozial-liberalen/liberal-sozialen politischen Matrix wurde nicht nur von der außerparlamentarischen Linken übersehen, sondern vor allem auch von der politischen Führung der Rechten. Gewöhnt daran, immer wieder den Ritus der Angst und das „Bewahren der Errungenschaften“ zu beschwören, versäumten sie es, die grundlegenden Veränderungen in der chilenischen Gesellschaft angemessen zu berücksichtigen.

In diesem Sinne ist Sebastián Piñera (RN) ein Kandidat, der zwar wohl kaum die Präsidentschaftswahlen gewinnen wird, der aber sehr wohl zur Etablierung einer liberalen Rechten in entscheidendem Maße beitragen könnte. Wenn unsere Interpretation zutrifft, könnte die Konsolidierung eines genuin liberalen Sektors innerhalb der Rechten mittelfristig eine Entwicklung hervorbringen, die dem Abwärtstrend der autoritären Rechten entgegengesetzt ist.

In diesem Sinne ist Sebastián Piñera (RN) ein Kandidat, der zwar wohl kaum die Präsidentschaftswahlen gewinnen wird, der aber sehr wohl zur Etablierung einer liberalen Rechten in entscheidendem Maße beitragen könnte.

4 Auf einem von der Zeitschrift *Capital* durchgeführten Seminar argumentierte Joaquín Lavín im Mai 2005, „*ein Chile der großen Autobahnen und der großen Unternehmergewinne bedeutet, dass nur einige Wenige etwas abbekommen und dass viele nichts abbekommen*“ (El Sur, 05. Mai 2005). Bei verschiedenen Anlässen ließen der Kandidat der UDI und seine Parteifreunde zur Überraschung der Unternehmer solche Argumente verlauten, die eindeutig populistischen Zuschnitts sind.

5 57% der Wähler würden nicht Lavín, 55% nicht Piñera wählen, dagegen würden nur 31% ihre Stimme nicht Bachelet geben (Umfrage CEP, 07.2005).

Übersicht 2: Die drei Präsidentschaftskandidaten im Dezember 2005

Michelle Bachelet (Sozialistische Partei)

- geboren am 29. September 1951 als zweite Tochter des Luftwaffengenerals Alberto Bachelet und der Anthropologin Angela Jeria; getrennt lebend, Mutter von drei Kindern.
- 1970 Beginn eines Medizinstudiums an der Universidad de Chile.
- Ihr Vater wurde während der Pinochet-Diktatur verhaftet und starb unter Folke-reinwirkung im März 1974. Michelle Bachelet und ihre Mutter wurden ebenfalls verhaftet und gefoltert, 1975 konnten sie ins Exil nach Österreich ausreisen.
- Deutschkurse am Herder-Institut in Leipzig, später Weiterführung des Medizin-studiums an der Humboldt Universität zu Berlin.
- 1979 Rückkehr nach Chile, Weiterführung des Medizinstudiums, Abschluss 1982.
- 1983-86 Tätigkeit als Ärztin am Kinderkrankenhaus Roberto del Río;
- Wiederaufnahme politischer Aktivitäten, Beteiligung an den Bemühungen um eine Rückkehr zur Demokratie, Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisati-onen, die sich um die Kinder von Folteropfern und Verschwundenen kümmern.
- 1994-97 Staatssekretärin im Gesundheitsministerium.
- 1996 Studien zur Militärstrategie an der Nationalen Akademie für Politische und Strategische Studien.
- 1997 Studien am Interamerikanischen Verteidigungskolleg in Washington D.C.
- 1998 Rückkehr nach Chile, Aufnahme einer Beratungstätigkeit im Verteidi-gungsministerium.
- 11.3.2000: Ernennung zur Gesundheitsministerin der Regierung Lagos.
- 7.1.2002: Ernennung zur Verteidigungsministerin, der ersten Frau, die dieses Amt in Lateinamerika bekleidet.
- Seit ihrer Jugend Engagement in der Sozialistischen Partei. 1995 Mitglied des Zentralkomitees der Partei, 1998-2000 Mitglied der Politischen Kommission.

Joaquín Lavín (Unabhängige Demokratische Union)

- Geboren am 23. Oktober 1953 als ältestes von sieben Kindern; verheiratet, Va-ter von sieben Kindern.
- 1976 Abschluss des Studiums als Handelsingenieur an der *Pontificia Universidad Católica de Chile*.
- 1977 Aufnahme eines Wirtschaftsstudiums in den USA, Erwerb eines Masters in Ökonomie an der Universität von Chicago. Nach seiner Rückkehr 1979 Ernen-nung zum Dekan der Fakultät für Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaften an der Universität Concepción.
- 1981-1988 Herausgeber der Seiten *Economía y Negocios* der Tageszeitung *El Mercurio*, danach verantwortlicher Informationseditor der gleichen Zeitung.
- Während der Pinochet-Diktatur aktive Beteiligung an der Regierung, u.a. Mitar-beit an den Aktivitäten des Nationalen Planungsbüros ODEPLAN.
- Autor des 1988 veröffentlichten Buches „Die stille Revolution“ (*La Revolución Silenciosa*), das die sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften der Diktatur hervorhebt.
- 1990-1992 Generalsekretär der UDI.
- 1992 Wahl zum Bürgermeister der Gemeinde Las Condes im Großraum Santia-go, zweimal wiedergewählt.
- 1999 Rücktritt als Bürgermeister, um als Kandidat bei den Präsidentschaftswah-len antreten zu können. In der Stichwahl Niederlage gegen Ricardo Lagos.
- Im Oktober 2000 Sieg bei den Kommunalwahlen in Santiago, seitdem (bis An-fang 2005) Bürgermeister von Santiago.
- Seit 1969 Mitglied der Jugendorganisation des *Partido Nacional*, 1988 beteiligt an der Gründung der *Unión Demócrata Independiente* (UDI), die für sich in An-spruch nimmt, das Werk Pinochets fortzusetzen.
- Mitglied des Opus Die

Sebastián Piñera Echenique (Partei der Nationalen Erneuerung)

- Geboren am 1. Dezember 1949 als Sohn eines Botschafters, wächst die ersten Lebensjahre in New York auf.
- Studium der Handelsingenieurwissenschaften an der Katholischen Universität von Santiago de Chile, Abschluss als Jahrgangsbester 1971; anschließend Auswanderung in die USA, dort 1975 Erwerb eines Dokortitels in Wirtschaftswissenschaften an der Universität Harvard.
- Nach der Rückkehr nach Chile Tätigkeit bei der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL) in einem Projekt über Armut in Lateinamerika.
- Tätigkeit als Ökonomieprofessor an der *Universidad de Chile*, der Katholischen Universität und der *Universidad Adolfo Ibañez*.
- Seit den 80er Jahren Tätigkeit als Unternehmer; gegenwärtig Präsident der von seiner Frau geleiteten *Fundación Futuro* (Stiftung Zukunft) und des Verlags *Los Andes*, Mitglied des Direktoriums von LAN Chile, Antar, Apple, Parque Arauco und Clínica Las Condes; vor kurzer Zeit Erwerb einer bedeutenden Kapitalbeteiligung an dem Fernsehkanal Chilevisión, der zur Universidad de Chile gehört.
- Bis Ende der 80er Jahre starke Opposition gegen die Pinochet-Diktatur, Unterstützung für die „Nein-Kampagne“, um die Fortdauer der Diktatur zu verhindern.
- 1990-1998 Senator für die Region Santiago, 1999 Verzicht auf eine Präsidentschaftskandidatur zugunsten von Joaquín Lavín.
- Bis 2004 Vorsitzender des *Partido Nacional*.

Neue Formen der Politik

Demokratische Legitimation durch Effizienz

Getreu ihrer eigenen Funktionslogik und internen Verfasstheit führte die *Concertación* von Anfang an neue Formen des politischen Dialogs ein, die auch zu einer Neudefinition der Beziehungen zwischen den linken Parteien und verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren beitrugen. Dazu gehörte auch ein neues Verständnis von der Rolle und den Aufgaben des Staates sowie dessen Interventionsräumen und -modalitäten. Wir glauben jedoch nicht, dass es sich dabei um das Entstehen eines neuen Staatstypus (vom modernisierenden Staat zum subsidiären Staat) handelt, sondern um etwas grundlegenderes. Es handelt sich um einen Evolutionssprung hinsichtlich der Art und Weise, wie die chilenische Gesellschaft makro-soziale Entscheidungen trifft: mittels eines demokratischen politischen Systems, das neue Staatsaufgaben schafft, die von den Regierungen aufgegriffen, gefördert und in politi-

sche Entscheidungen umgesetzt werden und die ihrerseits die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft beeinflussen.

Diese neuen Formen des politischen Dialogs haben sich auf alle Bereiche ausgedehnt, in denen wichtige Themen aufkamen. Dies ist zum Beispiel der Fall im Bildungswesen, wo auf allen Ebenen landesweite Qualitätskontrollen und Dozentenbewertungen sowie Akkreditierungssysteme für den Hochschulzugang vereinbart und umgesetzt wurden. Ein weiteres Beispiel ist die Strategie zur Modernisierung des Staates, wobei in zwei Richtungen vorgegangen wird:

- a) Das Modell der bürokratischen Kontrolle soll durch ein neues Modell öffentlicher Verwaltung ersetzt werden, wobei eine direktere Beziehung zum Bürger und eine stärkere Berücksichtigung des tatsächlichen Dienstleistungsbedarfes angestrebt wird.

Getreu ihrer eigenen Funktionslogik und internen Verfasstheit führte die *Concertación* von Anfang an neue Formen des politischen Dialogs ein, die auch zu einer Neudefinition der Beziehungen zwischen den linken Parteien und verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren beitrugen.

Diese neuen Formen des *Politik-Machens* haben es der *Concertación* ermöglicht, die Gleichung *demokratische Legitimation durch Effizienz* zu lösen.

- b) Es sollen neue Regulierungsmechanismen geschaffen werden, die über die traditionelle Privatisierungspolitik hinausgehen und es ermöglichen, sich den neuen wirtschaftlichen Herausforderungen zu stellen sowie die Beziehung zum Unternehmertum zu verbessern. Dieser Prozess kann in der Formel "weniger Staat heißt nicht zwangsweise weniger Rechte, mehr Staat ist nicht unbedingt Synonym für mehr Bürokratie" zusammengefasst werden.

Diese neuen Formen des *Politik-Machens* haben es der *Concertación* ermöglicht, die Gleichung *demokratische Legitimation durch Effizienz* zu lösen. Zwar gibt es andere Bereiche, an denen die entsprechenden Prozesse beispielhaft dargestellt werden könnten, aber auf Grund der Bedeutung des Unternehmertums, der Kirchen und der Streitkräfte für die historische Entwicklung des Landes werden sie im Folgenden an der Neugestaltung der Beziehungen zwischen dem Staat und diesen Akteuren verdeutlicht.

Neudefinition der Beziehungen zu den Unternehmern

Im Hinblick auf die Neugestaltung der Beziehungen zum Unternehmertum⁶ können zwei zentrale Elemente identifiziert werden: zum einen die Etablierung einer gemeinsamen Entwicklungsagenda, die auf den neuen Formen des politischen

Dialogs und der Konzertierung aufbaut, zum anderen die mit der Aufteilung von Verantwortlichkeiten einhergehende Herausbildung von stabilen Verbindungslinien zwischen den Akteuren. Von Anfang an versuchten die Regierungen der *Concertación*, mit den Unternehmern eine Reihe von nationalen Entwicklungszielen zu vereinbaren. Aus diesem Grund organisierten die Präsidentschaftskandidaten und Präsidenten systematisch Arbeitsgespräche mit den Unternehmervverbänden und den Gewerkschaften. Dadurch war es möglich, Konflikte zu reduzieren, indem Einzelinteressen den nationalen Interessen im gegenseitigen Einvernehmen untergeordnet wurden.

Solche Gesprächsrunden basierten nicht nur auf Initiativen von Seiten der Politik. Auch die Unternehmer und einige von den Unternehmen finanzierte Studienzentren organisieren regelmäßig Foren, auf denen diese Themen von verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren diskutiert werden. Beispiele dafür sind das ICARE und das *Centro de Estudios Públicos* [Zentrum für öffentliche Studien]. Auch wenn die erstgenannte Einrichtung schon aus dem Jahr 1953 stammt und die zweite 1980 entstand, so wurden beide Studienzentren erst im Verlauf der letzten 2 ½ Jahrzehnte zu wichtigen Diskussionsräumen für Gespräche zwischen Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften. Diese Verhandlungslogik hat eine Infrastruktur geschaffen, die es dem Staat und den Unternehmern ermöglicht, bei größeren wirtschaftlichen Vorhaben konstruktiv zusammenzuarbeiten und die jeweils eigenen Interessen in einen Dialogprozess einzubringen. Im Infra-

⁶ Die Beziehungen zu den Gewerkschaften können an dieser Stelle nicht berücksichtigt werden. Es bleibt jedoch festzuhalten, dass die Organisations- und Konfliktfähigkeit der Gewerkschaften in Folge der Pinochet-Diktatur eine einschneidende Schwächung erfuhr, die sich nach der Rückkehr zur Demokratie sogar noch weiter akzentuierte.

strukturbereich betrifft dies beispielsweise die Vergabe von öffentlichen Aufträgen für den Bau von Straßen, Flughäfen und Krankenhäusern.

Gleichzeitig gab es ein klares Konzept zur Zuweisung von Verantwortung. Nachdem ein Konsens hinsichtlich gemeinsamer Ziele erreicht wurde, muss jeder die ihm zustehende Verantwortung im Rahmen des Nationalen Entwicklungsprojekts übernehmen. In diesem Sinne hat die *Concertación* ihre Privatisierungspolitik fortgeführt, aber gleichzeitig regulierend auf die privaten Aktivitäten gewirkt, damit die Interessen der Bürger nicht beeinträchtigt werden. Diese neue Form des Zusammenspiels zwischen Staat und Privatwirtschaft unterscheidet sich grundlegend von der Privatisierungspolitik der Pinochet-Diktatur.

Im Folgenden werfen wir einen Blick auf die internationalen Handelsbeziehungen Chiles und einige makroökonomische Kennzahlen. Auf der Grundlage der Unterzeichnung von verschiedenen internationalen Wirtschaftsabkommen bemühten sich die Regierungen der *Concertación* um eine verbesserte Eingliederung des Landes in die Weltwirtschaft. Derartige Abkommen wurden mit Bolivien (1993), Venezuela (1993), Kolumbien (1994), Ecuador (1985), dem MERCOSUR (1996), Peru (1998) und Kuba (1998) unterzeichnet. Hinzu kamen Freihandelsabkommen mit Kanada (1996), Mexiko (1999), Mittelamerika (1999) und Südkorea (2003). Die bedeutendsten Verträge wurden unter der Regierung von Präsident Ricardo Lagos geschlossen: das Assoziations- und Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union (2002), das Freihandelsabkommen

mit den Vereinigten Staaten (2003) und das Freihandelsabkommen EFTA – Chile (2003). Im Falle des Abkommens mit der Europäischen Union sticht vor allem das Konzept des „*upgrading*“ hervor. Das bedeutet, dass für Chile der Status als „*assoziiertes Land*“ anerkannt wird, was den schrittweisen Zugang zu Programmen ermöglicht, die nur den Mitgliedsstaaten der EU vorbehalten sind. Dank der internationalen Abkommen und einer Politik der Exportförderung konnte das Wachstum und eine positive Handelsbilanz bewahrt werden (siehe Tabelle 4).

Tabelle 4: Export, Import (FOB) und Handelsbilanz (in Mio. US-Dollar)

Jahr	Export	Import	Bilanz
2000	19.210,1	17.091,4	2.118,9
2001	22.433,5	18.799,3	3.634,0
2002	18.179,8	15.794,2	2.385,5
2003	21.523,6	18.001,7	3.521,9
2004	32.024,9	23.005,7	9.019,2

Quelle: Banco Central de Chile

Der größte Schwachpunkt des chilenischen Exportmodells liegt darin, dass man es nicht geschafft hat, auf dem Weltmarkt Produkte mit höherem Mehrwert zu platzieren. Über 50% der Exporteinkünfte resultieren aus der Ausfuhr von Rohstoffen, vor allem Kupfer, dessen Wert in den letzten zwei Jahren beträchtlich gestiegen ist (siehe Tabelle 5).

Ähnlich sieht es bei den Nettoeinkommen aus ausländischen Direktinvestitionen aus, die von 2,9 Milliarden US-Dollar im Jahr 1995 auf 8,9 Milliarden US-Dollar 1999 stiegen. Allein 2004 nahmen die ausländischen Direktinvestitionen um 73% gegenüber dem Vorjahr zu, deutlich mehr als im lateinamerikanischen Durchschnitt (+44%) und unmittelbar hinter Brasilien (+79%).

Der größte Schwachpunkt des chilenischen Exportmodells liegt darin, dass man es nicht geschafft hat, auf dem Weltmarkt Produkte mit höherem Mehrwert zu platzieren.

Tabelle 5: Zusammensetzung der chilenischen Exporte (in Mio. US-Dollar).			
Jahr	Bergbau	Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei	Industrie
2000	8.020,7	1.692,9	7.968,1
2001	7.256,4	1.727,2	7.979,9
2002	7.120,2	1.794,3	8.139,2
2003	8.733,8	2.090,4	9.364,3
2004	16.459,4	2.354,5	11.791,3
Quelle: Banco Central de Chile			

Der Beginn einer zweiten Industrialisierungsphase, in der der Mehrwert der chilenischen Produkte steigen soll, ist eine der großen Aufgaben, die sich die Regierungen der *Concertación* im Hinblick auf die Wirtschaft und die Eingliederung in den Weltmarkt stellten. Zu diesem Zweck wurden Initiativen zur Finanzierung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten eingeleitet. Ein Beispiel ist das Programm FONDEF (*Fondo de Fomento*, Förderfonds), das vom nationalen Wissenschafts- und Technologiesystem abhängt und Projekte finanziert, die patentierbare, vermarktbare Produkte herstellen und Technologietransfer fördern. Allerdings waren die Ergebnisse bisher recht mager.

Desgleichen bemühte sich die *Concertación*, die makro-ökonomischen Werte stabil zu halten. Das konnte nur unter Inkaufnahme gewisser Konsequenzen für die öffentlichen Investitionen erreicht werden, da internationale Ereignisse wie die Asienkrise und strukturelle Probleme wie die Arbeitslosigkeit diese Aufgabe erschwerten. Das nachhaltige Wachstum des Bruttoinlandsprodukts zeigt den Erfolg der durchgeführten Maßnahmen (siehe Tabelle 6).

Tabelle 6: Bruttoinlandsprodukt		
Jahr	Insgesamt (Millionen Pesos)	Pro Kopf (Millionen Pesos)
1996	\$ 31.237.289	\$ 2.166
1997	\$ 34.722.636	\$ 2.375
1998	\$ 36.534.873	\$ 2.465
1999	\$ 37.138.542	\$ 2.473
2000	\$ 40.575.319	\$ 2.667
2001	\$ 43.536.752	\$ 2.827
2002	\$ 46.341.827	\$ 2.973
2003	\$ 50.730.703	\$ 3.216
2004	\$ 57.356.964	\$ 3.595
Quelle: Banco Central		

Während des gesamten Zeitraums konnte zudem die Inflation gesenkt werden (Tabelle 7).

Tabelle 7: Inflation 1996-2004	
Jahr	Inflation (%)
1996	6,6
2000	4,5
2001	2,6
2002	2,8
2003	1,1
2004	2,4
Quelle: Instituto Nacional de Estadística, INE	

Ein weiterer wichtiger Erfolg der Regierungen der *Concertación* ist die beachtliche Verringerung der Armut. Die lateinamerikanischen Länder unterzeichneten im Jahr 2000 die *Millenniumsziele der UNO*, nach denen bis zum Jahr 2015 die Zahl der in Armut lebenden Bevölkerung auf die Hälfte reduziert werden soll. Von den ausgewerteten

Ein weiterer wichtiger Erfolg der Regierungen der *Concertación* ist die beachtliche Verringerung der Armut.

Ländern hat Chile als einziges dieses Ziel erfüllt und die Zahl der in extremer Armut lebenden Bevölkerung auf die Hälfte gesenkt. Gleichwohl leben noch 20% in Armut und knapp 2% haben ein Einkommen von weniger als einem Dollar täglich. Im Vergleich zu den anderen lateinamerikanischen Ländern ist dies jedoch ein beachtliches Ergebnis. In Bolivien leben 60% der Bevölkerung in Armut, in Kolumbien 54%, in Honduras 79,7%, in Nicaragua 69,4%, in Argentinien 30%, in Mexiko 41,1%. In extremer Armut leben in Chile nur 5,7% der Bevölkerung, in Argentinien 10,9%, in Brasilien 13,2%, in Peru 22,4% und in Kolumbien 26,8%. In die Kategorie der Personen, die täglich einen Dollar verdienen, fallen in Argentinien 3,3% der Bevölkerung, in Brasilien 8,2%, in Mexiko 9,9%. Allerdings ist Chile eines der Länder mit der größten Ungleichheit in der Einkommensverteilung.

Dank der politischen Stabilität und des wirtschaftlichen Konsens haben die Ratingagenturen die Einstufung Chiles verbessert. Seit Februar 2005 verfügt das Land zusammen mit Mexiko über die beste Einstufung in der Region. Die Agentur *Moody's Investors Service* sprach in diesem Zusammenhang von Fortschritten in puncto Außenschuld und Kreditwürdigkeit. Gleichzeitig gab sie an, dass die Kreditwürdigkeit Chiles „auf einer glaubhaften politischen Verwaltung, auf soliden Finanzinstitutionen, auf den umfassenden strukturellen Reformen und seit kurzem auf einem wirtschaftspolitischen Rahmen beruht, der dem Land zu einem stabileren Wachstum und zu handhabbaren Defizits der Leistungsbilanz verhilft.“ Zudem habe sich die chilenische

Wirtschaft resistent gegen schwierige Phasen in der Weltwirtschaft gezeigt (www.hacienda.gov.cl).

Die makro-ökonomischen Erfolge der *Concertación* waren in großem Maße der neuen Art und Weise *Politik zu machen* zu verdanken, welche die Regierung geschaffen hat und die eine eigene Dynamik entwickelt hat. Mit der Etablierung von neuen Dialogformen und Diskussionsräumen für die unterschiedlichen beteiligten Akteure, neuen Verbindungslinien und einer Neuordnung der Verantwortlichkeiten im Rahmen der Entwicklung des Landes wurde dies ermöglicht. Vielleicht erklärte aus diesem Grund auch der Vorsitzende des *Centro de Estudios Públicos* (Zentrum für öffentliche Studien), einer von Unternehmen finanzierten Organisation, die der politischen Rechten nahe steht, in der Zeitung *El Mercurio*, dass er einer eventuellen erneuten sozialistischen Regierung ruhig entgegen sehe, weil „ich glaube, dass kein Präsident – egal welcher Couleur – es wagen wird, ein System radikal abzuändern, das sich als erfolgreich gezeigt hat und voll von der Bevölkerung unterstützt wird“. (El Mercurio, 6. Juli 2005)

Die Wertedimension und die Beziehung zu den Kirchen

Auch die Beziehung zu den kirchlichen Einrichtungen zeichnet sich durch eine Abkehr von früheren Formen des Politik-Machens – vor allem der weltlichen Sektoren – aus. Was in diesem Bereich für die *Concertación* und vor allem für die Regierung auf dem Spiel stand, kann kurz und bündig auf einen Begriff gebracht werden: die Aufgabe, das geltende Recht den legitimierten gesellschaftlichen Anforderungen anzupassen. Das betrifft

Die makro-ökonomischen Erfolge der *Concertación* waren in großem Maße der neuen Art und Weise *Politik zu machen* zu verdanken, welche die Regierung geschaffen hat und die eine eigene Dynamik entwickelt hat.

Indem die Regierung Räume für die gesellschaftliche Diskussion schuf und dazu beitrug, diese zu institutionalisieren, erreichte sie gleichzeitig, dass die verschiedenen Positionen begründet werden mussten.

teilweise sehr delikate Bereiche wie Abtreibung, Scheidung und Gleichberechtigung der Religionen, alle samt Themen, die von der chilenischen Gesellschaft heute weitaus weniger homogen betrachtet werden als in früheren Jahrzehnten.

Zunächst entwickelte sich eine Debatte innerhalb der Regierungskoalition selbst, und zwar zwischen den eher weltlichen, säkularisierten und den humanistisch-christlichen Positionen. Die Notwendigkeit einer Anpassung an den breiteren Wertpluralismus in der chilenischen Gesellschaft bewirkte eine Rationalisierung der Debatte innerhalb der *Concertación* selbst. Es entstand ein Zusammenspiel aus Abweichung und Konsens mit gehobenen Argumentationsmustern, weit entfernt von dem, was sich in der Opposition ereignete, in der an konservativen Einstellungen und an Bekehrungseifer in einer Weise festgehalten wurde, dass die Diskussion zwischen den liberalen Positionen (in der Minderheit) und der konservativen Haltung stark eingeschränkt wurde.

Die in der Debatte thematisierten Wertealternativen wurden von der Opposition als Bedrohung für die Verfasstheit der chilenischen Gesellschaft thematisiert, wobei davon ausgegangen wurde, dass eine solche Haltung direkt politische Vorteile bringen könnte. Die konservative Opposition beschuldigte die Parteien der *Concertación* und die Regierung selbst, eine durch Werterelativismus gekennzeichnete Strategie zu entwickeln, die die in der katholischen Kultur des Landes verankerte soziale Bindung zerstöre. Mit der Zeit zeigte sich, dass dies ein Fehler war.

Es ist wichtig hervorzuheben, dass die Regierung eine andere Strategie

verfolgte, die der Opposition ernsthafte Schwierigkeiten bereitete. Diese bestand darin, von allen Positionen innerhalb der *Concertación* Abstand zu nehmen und dies der Öffentlichkeit klar zu zeigen. Die Regierung nahm keine der Positionen ein. Während sich die parlamentarische Kontroverse entwickelte, rief sie die betroffenen gesellschaftlichen Akteure und die Zielgruppen der Reformen auf, sich an der Diskussion zu beteiligen und Vorschläge einzubringen. Diese Haltung darf nicht mit der eines Schiedsrichters oder mit Neutralität verwechselt werden. Sie geht über Unparteilichkeit hinaus. Es ging und geht darum, machbare Veränderungsstrategien zu entwickeln, d.h. Uneinigkeiten zu überwinden und Vereinbarungen zu erzielen, aus denen sich dann die parlamentarische Diskussion nährt (und nicht umgekehrt). Letztlich ging es dabei um die Erzielung von Effizienz durch gesellschaftliche und politische Legitimation.

Während die Verfechter der einen oder der anderen Lösung sich vor allem am Anfang in einer Prinzipienargumentation verstrickten, beteiligte sich die Regierung mit einer pragmatischen Perspektive, was ihr ermöglichte, zunächst die *Temperatur* der Debatte genau zu messen und dann durchführbare legislative Vereinbarungen zu erzielen. Indem die Regierung Räume für die gesellschaftliche Diskussion schuf und dazu beitrug, diese zu institutionalisieren, erreichte sie gleichzeitig, dass die verschiedenen Positionen begründet werden mussten. Damit waren sie aber auch automatisch stärker der Kritik aus den Reihen der chilenischen Gesellschaft ausgesetzt.

Das bisher Gesagte kann am Beispiel des Religionsgesetzes verdeutlicht werden. Zwar ist Chile seit der Verfassung von 1925 offiziell kein katholischer Staat mehr und es herrscht Glaubensfreiheit, aber institutionell überwog doch weiterhin die katholische Kirche. Das drückte sich darin aus, dass die Kirchen anderer Glaubensrichtungen keine Institution des öffentlichen Rechtes sein konnten und in der ausschließlichen institutionellen Präsenz der katholischen Kirche in einer Reihe von Instanzen, wie etwa offiziellen Regierungsaktivitäten, Kapläne bzw. Militärkapläne etc.. Entsprechend des Wandels in der chilenischen Gesellschaft beschloss die Regierung, alle Kirchen gesetzlich gleichzustellen.

Angesichts der Reaktion der katholischen Kirche und der ihr nahestehenden Parteien, die an dem Status als katholisches Land festhielten und die Neutralität des Staates nicht akzeptieren wollten, brachte die Regierung dieses Thema in eine wichtige gesellschaftliche Diskussion. Daraus entstand eine Situation, die keineswegs frei von Paradoxa war. So stand die Regierung als Befürworter für eine Glaubensrichtung wie die des Protestantismus ein, die sich im chilenischen Kontext durch höchste Rigidität in ihrem Dogma und größte Striktheit in Bezug auf gesellschaftliche Umgangsformen auszeichnet. Zudem handelt es sich um eine wachsende Kirche, die auf weite Verbreitung vor allem in den sozial benachteiligten Schichten stößt.

Zwei Aspekte sind dabei besonders wichtig. Zum einen verwandelte sich die Diskussion und ihre Rezeption in der chilenischen Öffentlichkeit zu einer Debatte über die Frei-

heit. Es ging nicht mehr so sehr um die Frage der Religion, sondern vielmehr um das Recht zu wählen. Zum anderen wurde die Regierung als Verwalter von Diskussionsräumen und Vereinbarungen gesehen, die den Bürgern neue Möglichkeiten der Wahl eröffnen. Die Konsequenzen lagen auf der Hand, denn es ist schwierig, gegen den Anspruch auf Freiheit und das Recht auf die eigene Wahl zu argumentieren, vor allem im Bereich der Politik.⁷

Die Regierung stand als Vermittler über der Debatte und deren Teilnehmern. Schließlich wurde am 14. Oktober 1999 jenes Gesetz beschlossen, das Normen zur rechtlichen Stellung der Kirchen und religiösen Organisationen festlegt und das allgemein als das Gesetz über die Gleichberechtigung der Religionen bekannt ist.

Ähnliches ereignete sich beim Scheidungsgesetz, das nach mehr als zehn Jahren schließlich am 7. März 2004 vom Parlament verabschiedet wurde. Auch in diesem Fall richtete sich die Strategie der Regierung auf die Schaffung von Diskussionsräumen für die unterschiedlichen Akteure, damit deren Positionen an die Öffentlichkeit getragen wurden. Gleichzeitig maß sie die *Temperatur* der Debatte auf der Grundlage von mehreren Umfragen, deren Ergebnisse wiederum als Feedback für die Debatte selbst benutzt wurden. Auch in diesem Fall wurde das Recht auf Scheidung ähnlich thematisiert und wieder stand die Regierung als Verwalter der Diskussionsräume und Verein-

Zwar ist Chile seit der Verfassung von 1925 offiziell kein katholischer Staat mehr und es herrscht Glaubensfreiheit, aber institutionell überwog doch weiterhin die katholische Kirche.

7 Der Rückgriff auf die Idee der „Zügellosigkeit“, wie es einige versuchten, erwies sich sehr schnell als nicht gangbar.

barungen abseits der eigentlichen Kontingenz.

Die zivil-militärischen Beziehungen

Eine der komplexesten Aufgaben, denen sich die *Concertación* gegenüber sah, war die Wiederherstellung der Beziehungen zwischen Zivilbevölkerung und Militär nach 17 Jahren Militärdiktatur unter Pinochet, der zunächst auch weiterhin als Oberbefehlshaber des Heeres fungierte. Trotz der Transformation zur Demokratie blieb eine ganze Generation von Generälen im Amt, die alle Verfechter der Regierung Pinochet waren. Außerdem waren viele Abgeordnete der im Parlament vertretenen Oppositionsparteien am Pinochet-Regime beteiligt gewesen.

Von Beginn an sah sich die Regierung einem doppelten Problem mit den Streitkräften und der Opposition gegenübergestellt. Auf der einen Seite war es notwendig, die Verfassung von 1980 zu reformieren und eine Reihe von Institutionen der „bevormundeten Demokratie“ zu beseitigen. Auf der anderen Seite stand die Regierung vor einer ethischen Herausforderung, denn die Diktatur und die rechten Parteien (mit wenigen persönlichen Ausnahmen) hatten es geschafft, im historischen Gedächtnis des Landes eine Semantik zu etablieren, die Opfer und Täter auf ein und dieselbe ethisch-moralische Ebene stellte. Das drückte sich in Formeln wie „auf beiden Seiten gab es Opfer“ und „auf beiden Seiten gab es Übergriffe“ aus.

Bis vor wenigen Jahren war es undenkbar, dass die Streitkräfte irgendwann ihre Verbrechen und systematische Politik von Unterdrückung, Folter und Exil zugeben würden. Ebenso wenig gestanden die Politiker der Rechten ihre Kom-

plizenschaft ein und erst recht nicht ihre direkte Beteiligung.⁸ Zudem wurde das Thema der Menschenrechtsverletzungen von den traditionellen Massenmedien recht zweideutig und oberflächlich behandelt.⁹

Im April 1990 wurde zu Beginn der Regierung von Patricio Aylwin die Wahrheits- und Versöhnungskommission (*Comisión Verdad y Reconciliación*) gegründet, die – aus verschiedenen Persönlichkeiten zusammengesetzt – die Fälle der Verschwundenen und Ermordeten aus der Zeit der Militärdiktatur untersuchte. Der Bericht der Kommission führte dazu, dass verschiedene Prozesse wegen Menschenrechtsverletzungen eingeleitet wurden. Als in Folge der besagten Prozesse und der Verhaftung von einigen Angehörigen der Streitkräfte die Spannungen stiegen, wurde im August 1999 die *Mesa de Diálogo* [Dialog-

8 Es darf nicht vergessen werden, dass es während der Regierung von Patricio Aylwin zweimal zu militärischen Kundgebungen kam. Im Dezember 1990 zog das Heer seine Truppen in die Kasernen ein zu einem angeblichen Manöver, das heute im Jargon der Politik als das „Verbindungsmanöver“ bekannt ist. Die zweite ereignete sich im Mai 2003. Angehörige der Streitkräfte stellten Wachen in Kampfanzügen vor dem Gebäude der Streitkräfte in der Nähe der *Moneda* [Regierungsgebäude] auf. Beide Kundgebungen standen mit Verfahren gegen Militärangehörige und mit dem Prozess gegen einen der Söhne Pinochets wegen betrügerischer Geschäfte (bekannt als *Pinocheques*) [Wortspiel aus *Pinochet* und *Cheques* = *Schecks*, Anm. d. Übersetzerin] in Verbindung.

9 Besondere Erwähnung in diesem Prozess verdienen die Gruppierungen zur Verteidigung der Menschenrechte, die Gruppierung der Angehörigen der Verschwundenen, die Anwälte in Fällen von Menschenrechtsverletzungen, die alle trotz Hindernissen und Bedrohung weiter informierten und anklagten.

Auf der einen Seite war es notwendig, die Verfassung von 1980 zu reformieren und eine Reihe von Institutionen der „bevormundeten Demokratie“ zu beseitigen.

runde] mit dem Ziel eingerichtet, einen einvernehmlichen Ausweg aus dieser Situation zu finden.

Mit der Regierung Lagos begann eine neue Etappe in der Wiederherstellung der Beziehungen. Die Strategie der Regierung Lagos zielte auf das Argument, dass die Streitkräfte mit der schweren Last der Menschenrechtsverletzungen kaum die Anforderungen einer Modernisierung des nationalen Verteidigungssystems übernehmen und ihre gesellschaftliche Legitimität wieder herstellen könnten. Indessen drängten die politische Rechte und die Anhänger Pinochets auf eine politische Lösung der Verurteilungen und Prozesse gegen Angehörige der Streitkräfte, die in Menschenrechtsverletzungen verwickelt waren. Die Regierung Lagos reagierte mit dem Argument, die Institutionen müssten autonom funktionieren. Auf diese Weise übertrug sie die Problematik auf die Gerichtsbarkeit und damit auf dem Wertesystem verbundene Einrichtungen sowie auf die Gesellschaft im Allgemeinen.¹⁰

Innerhalb dieses Prozesses kam dem neuen Oberbefehlshaber General Juan Emilio Cheyre eine besondere Rolle zu. General Cheyre arbeitete weiter an dem Projekt der Modernisierung des Heeres, allerdings mit einem akademischeren Profil als sein Vorgänger und mit der Idee, das Heer außerdem zu

professionalisieren, wobei er das Konzept der *Concertación* aufgriff: „die Institutionen funktionieren lassen“. Im Falle des Heeres und der Streitkräfte im Allgemeinen bedeutete dies, zu einer von der Tagespolitik distanzierten Rolle zurück zu finden. Letzteres drückt sich darin aus, dass man sich den Gerichtsverfahren gegenüber, die gegen Mitglieder der Streitkräfte liefen, distanziert verhielt. Ein Satz, den der General zum Thema Menschenrechte und den damit verbundenen Gerichtsverfahren sagte, als er im März 2002 das Kommando übernahm, zeigt klar, wie er die Zukunft sah: „Es ist zu hoffen, dass wir nun die Seite umblättern und in die Zukunft sehen können, denn das tut nicht nur dem Heer gut, sondern auch Chile, weil es so die Kraft bekommt, die es haben muss“ (El Sur, 11.03.2002). Dieser Satz könnte in einem anderen Kontext als der Versuch interpretiert werden, alles zu vergessen und die Täter straffrei ausgehen zu lassen. Er bezog sich in diesem Fall aber auf eine neue Haltung des Heeres, dass man die institutionelle Verantwortung für die Menschenrechtsverletzungen übernehmen und das Thema an die zuständigen gerichtlichen Instanzen weiterleiten müsse.

Diese Konzeptualisierung des Problems verfestigte sich, nachdem die sogenannte Kommission Valech im November 2004 den „Bericht der Nationalen Kommission über politische Haft und Folter“ veröffentlichte, in dem die Zeugenaussagen von ungefähr 28.000 Fällen von Gefangenschaft und Folter während der Pinochet Diktatur gesammelt wurden. Anlässlich der Veröffentlichung dieses Berichts gab General Cheyre eine öffentliche Erklärung ab, in der

Die Strategie der Regierung Lagos zielte auf das Argument, dass die Streitkräfte mit der schweren Last der Menschenrechtsverletzungen kaum die Anforderungen einer Modernisierung des nationalen Verteidigungssystems übernehmen und ihre gesellschaftliche Legitimität wieder herstellen könnten.

¹⁰ Diese Strategie führte dazu, dass die Gerichtsgewalt in einem komplizierten Prozess auf ihre eigene Komplizenschaft bei den Verbrechen der Diktatur hin untersucht wurde. Einige Richter des obersten Gerichts behaupteten, „niemals etwas gewusst zu haben“. Schließlich lief die Diskussion und Schuldfrage auf das Urteil hinaus: „Wo es keine Demokratie gibt, kann es keine Gerechtigkeit geben“.

Zwar hat die *Concertación* in ihren 15 Regierungsjahren eine Reihe von Erfolgen erzielt, die sowohl angesichts des politischen und wirtschaftlichen Kontexts der Region als auch angesichts der internen Voraussetzungen bemerkenswert sind, gleichwohl bestehen weiterhin wichtige Probleme und Herausforderungen.

er die Haltung der Institution wiedergab und die Verantwortung für das Geschehene umriss. In einem sogenannten *mea culpa* verlas der General ein Dokument mit dem Titel: „Das chilenische Heer: Ende einer Vision“. In diesem Dokument steht folgender Absatz, der auf Grund seines symbolischen Gehalts wichtig für das Verständnis dieses Prozesses ist: „Ist das beschriebene allgemeine Konfliktszenario eine Entschuldigung für die Menschenrechtsverletzungen, die in Chile stattfanden? Meine Antwort ist klar und deutlich: Nein. Menschenrechtsverletzungen können niemals und für niemanden ethisch gerechtfertigt sein“.

Anschließend drückte er seine Besorgnis als Oberbefehlshaber aus und erläuterte seine Beziehung zum Thema Menschenrechtsverletzungen und der aktuellen Politik: „Daher habe ich als Oberbefehlshaber einen wichtigen Teil meines Auftrags darauf gerichtet, die Institution der Realität unseres Landes anzupassen, das Entwicklung, internationale Zusammenarbeit und Weltfrieden anstrebt, also an die Realität eines Landes, unseres Landes, das die Prinzipien und die Werte der Demokratie als politisches System und die Würde des Menschen als lebenswichtiges Element für ein gesundes nationales und internationales Zusammenleben für sich anerkennt“. Mit diesen Worten verpflichtete er sich gegenüber dem politischen Projekt der *Concertación*, wobei er die Interessen der Institution Armee und des Landes entgegen dem Druck seitens einiger Kreise des Heeres und der Opposition klarstellte.

Ungelöste Probleme und Aufgaben

Zwar hat die *Concertación* in ihren 15 Regierungsjahren eine Reihe von Erfolgen erzielt, die sowohl angesichts des politischen und wirtschaftlichen Kontexts der Region als auch angesichts der internen Voraussetzungen bemerkenswert sind, gleichwohl bestehen weiterhin wichtige Probleme und Herausforderungen.

Die größten Probleme bestehen hinsichtlich der sozialen Inklusion, besonders in Bereichen, die trotz der Fortschritte immer noch Mängel aufweisen, wie zum Beispiel, der Arbeitsmarkt, das Gesundheitswesen, der Wohnungsbau, das soziale Sicherungssystem und die Bildung. Es geht nicht nur darum, ein gewisses Niveau an Inklusion in bestimmten gesellschaftlichen Sektoren zu erreichen und die Unsicherheit anderer zu überwinden, sondern die Bedingungen für mehr Gleichberechtigung zu schaffen. Ein Paradebeispiel dafür ist die ungleiche Einkommensverteilung. Ähnliches spielt sich in Bezug auf das Thema öffentliche Sicherheit ab, das zunehmend an Bedeutung gewonnen hat.

Die internationale Einbindung des Landes konnte nicht auf ein qualitativ hochwertigeres Niveau gebracht werden, vor allem nicht in denjenigen Bereichen, die den Handelsaustausch mit verschiedenen Instanzen der Förderung und Produktion von wissenschaftlichen und technologischen Erkenntnissen verbinden. Das ist vor allem im Falle der kleinen und mittleren Unternehmen wichtig, die, obwohl sie die meisten Arbeitskräfte beschäftigen, nur einen geringen Anteil am Export haben.

Die größte Aufgabe der *Concertación* in den nächsten Jahren besteht darin, in der Architektur des chilenischen politischen Systems endgültig den Dissens als Mechanismus zur Verarbeitung von Unterschieden zu verankern. Dabei muss herausgestellt werden, dass das Vorhandensein eines gesellschaftlichen Grundkonsenses die Mindestvoraussetzung für die Bearbeitung von Dissens ist.

Das Modell, Konflikte durch demokratische Vorgehensweisen zu lösen, scheint nicht ernsthaft in Gefahr zu sein. Worum es geht, ist eine weitere Vertiefung dieses demokratischen Modells, um neue Diskussionsräume und Konzertierungsebenen unter Einbeziehung neuer wichtiger gesellschaftlicher Themen zu schaffen. Ein grundlegendes Erfordernis wäre die Institutionalisierung von Plattformen, die einen Ausgleich zwischen den ungleichen Verhandlungsmöglichkeiten der betroffenen Akteure herstellen. Die Politik der *Concertación* geht weit über ein bloßes „Verwalten des neo-liberalen Modells“ der Diktatur hinaus, und die größte Herausforderung an das politische System erwuchs aus den erreichten Fortschritten selbst, welche die gesellschaftliche Entwicklung komplexer werden ließen. In Folge der erreichten sozialen Inklusion sind weitere Forderungen und neue gesellschaftliche Akteure entstanden. Diese brechen aus dem klassischen Rahmen der staatlichen Politik aus und gehen auch über die von der *Concertación* eingerichteten Politikformen hinaus.

Das politische System Chiles stellte sich mit Erfolg dem lange beklagten Demokratiedefizit infolge der fortbestehenden autoritären Enklaven.

Durch die kürzlich verabschiedeten Verfassungsreformen konnte es beseitigt werden. Dank der Modernisierung der politischen Diskussions- und Verhandlungskultur verfügt das System heute über eine breite Legitimität für seinen eigenen Wandel und seine demokratische Entwicklung. Aber die gesellschaftlichen Veränderungen stellen es vor Aufgaben und Herausforderungen, die, wenn sie nicht in angemessener Weise angegangen werden, das Prinzip „Legitimität durch Effizienz“ in Gefahr bringen werden.

Schlussfolgerungen

Im Rahmen dieses Beitrages wurde eine Antwort auf die Frage gesucht, warum die *Concertación* nicht nur aufgrund des Charismas ihrer wichtigsten Repräsentanten ein attraktives Angebot für die chilenische Wählerschaft darstellt, so dass ein Sieg bei den Präsidentschaftswahlen im Dezember 2005 durchaus möglich ist und die *Concertación* dann fast zwanzig Jahre an der Regierung wäre. Weiter gefasst, könnte die Frage auch lauten: Warum befindet sich Chile in einer anderen Situation als die übrigen Länder der Region, obwohl der gleiche Kontext der Unterentwicklung besteht?

Unsere Antwort lautet: In Chile konnte ein demokratisches politisches System aufgebaut werden, das nicht darauf zielt, die Gesellschaft zu vereinnahmen, sondern das die Voraussetzungen für die Entfaltung ihrer Kräfte schaffen will. Bei dieser Aufgabe haben die *Concertación* und die von ihr gestellten Regierungen eine zentrale Rolle gespielt. Der Haupterfolg liegt unserer Meinung nach darin, dass die *Concertación* dazu beigetragen hat, das politische System zu transformieren und es im Hinblick auf einige cha-

Das Modell, Konflikte durch demokratische Vorgehensweisen zu lösen, scheint nicht ernsthaft in Gefahr zu sein. Worum es geht, ist eine weitere Vertiefung dieses demokratischen Modells, um neue Diskussionsräume und Konzertierungsebenen unter Einbeziehung neuer wichtiger gesellschaftlicher Themen zu schaffen.

Der große Verlierer in diesem Prozess ist die politische Rechte, welche die tiefgreifenden soziostrukturellen Veränderungen der chilenischen Gesellschaft nicht wahrnahm oder nicht zu interpretieren wusste.

Charakteristische Züge der lateinamerikanischen Politik, die häufig gemeinsam auftreten, resistent zu machen: Populismus, Autoritarismus und die Beschränkung auf die Vertretung der Interessen bestimmter Gesellschaftsschichten.

Grundlegend für diese Transformation war, dass eine demokratische Legitimität nicht über die Aufstellung eines Wertekanons angestrebt wurde, sondern über die Entwicklung von politischen Regeln, um Konflikte zu verarbeiten und zu konsensfähigen Vereinbarungen zu kommen. Diese neuen Formen des *Politikmachens* sind für die chilenische Gesellschaft nicht nur wegen ihrer Struktur und Stabilität attraktiv, sondern auch auf Grund ihrer Fähigkeit zur Inklusion, Diskussion und zur Handhabung der unterschiedlichen sozialen Interessen. Das ist besonders wichtig in einer Gesellschaft, die hinsichtlich der vorherrschenden Werte immer heterogener wird. Anders ausgedrückt: Die *Concertación* entwickelte eine Politikstrategie, die vor allem auf die Aktivierung der Zivilgesellschaft zielt, damit die gesellschaftlichen Akteure selbst, indem sie ihre Forderungen vertreten, Autonomie schaffen.

Unserer Meinung nach stehen weitere wichtige und unaufschiebbare Aufgaben im Bereich der sozialen Inklusion und Gerechtigkeit noch aus. Außerdem müssen Aufgaben angegangen werden, die aus der beschriebenen Entwicklung selbst erwachsen sind. Die Politik wird sich mit sozialen Systemen und Akteuren auseinandersetzen müssen, bei denen auf Grund ihrer Autonomie eine Intervention oder deren Um-

gestaltung schwieriger wird. Das hat allerdings den Vorteil – und damit schließt sich der Kreis –, dass Messianismus und Populismus sowie das Hegemoniestreben bestimmter gesellschaftlicher Gruppierungen wenig Erfolgchancen haben.

Der große Verlierer in diesem Prozess ist die politische Rechte, welche die tiefgreifenden soziostrukturellen Veränderungen der chilenischen Gesellschaft nicht wahrnahm oder nicht zu interpretieren wusste. Sie konnte sich nicht von der Last der Diktatur befreien und verfiel unter dem Druck, Stimmen zu gewinnen, in eine Art *autoritären Neopopulismus*. Mit dem Aufkommen einer liberalen Rechten, die sich von Populismus, Autoritarismus und Partikularismus distanziert, wie sie heute von der UDI vertreten werden, könnte sich das politische Szenario mittelfristig bedeutend verändern: Und zwar dann, wenn der Augenblick kommt, in dem die große Mehrheit der Bevölkerung sich weder wegen einer sozialistischen Regierung zum Beispiel unter Ricardo Lagos oder Michelle Bachelet, noch wegen einer Regierung unter Führung der politischen Rechten Sorgen macht.

Informationsquellen

Zeitung *El Mercurio*, www.emol.cl
Zeitung *El Sur*, www.elsur.cl
Zeitung *La Tercera*, www.tercera.cl
Kongressbibliothek, www.congreso.cl
Wirtschaftsministerium, www.economia.cl
Zentralbank, www.bancocentral.cl
Finanzministerium, www.hacienda.gov.cl
Nationales Institut für Statistik, INE, www.ine.cl
Zentrum für öffentliche Studien, www.cepchile.cl

IBERO-ANALYSEN

bisher erschienen:

- Heft 1:** Mario Solórzano: Vorwärts in die Vergangenheit oder rückwärts in die Zukunft? Wahlen zum Ende des Jahrhunderts in Guatemala (Oktober 1999)
- Heft 2:** Raúl Leis: Panama und die Übergabe der Kanalzone. Große Herausforderungen für ein kleines Land (Dezember 1999)
- Heft 3:** Jörg Meyer-Stamer: Über den Verlust von Dekaden und den Verlauf von Lernkurven. Wirtschaftlicher Strukturwandel und die Irrungen und Wirrungen der wirtschaftspolitischen Diskussion in Brasilien (Mai 2000)
- Heft 4:** Raúl Trejo Delarbre: Die neue demokratische Ungewissheit in Mexiko. Ein kurzer Bericht vor den Wahlen (Juni 2000)
- Heft 5:** Jürgen Weller: Lohnarbeit und Beschäftigungsentwicklung im Lateinamerika der 90er Jahre. Erwartungen, Ergebnisse und Perspektiven (September 2000)
- Heft 6:** Alvaro de la Ossa: Der zentralamerikanische Integrationsprozess. Ende einer Entwicklungsalternative (Dezember 2000)
- Heft 7:** Friedrich Welsch / José Vicente Carrasquero: Venezuela unter Chávez: Zwischen demokratischer Revolution und Caudillismo (Januar 2001)
- Heft 8:** Nicolás Lynch Gamero: Peru nach Fujimori. Welche Chance hat die Demokratie? (Februar 2001)
- Heft 9:** Hartmut Sangmeister: Zehn Jahre MERCOSUR. Eine Zwischenbilanz (März 2001)
- Heft 10:** Günther Maihold: Aufbruch in Mexiko? Die langen „ersten 100 Tage“ der Regierung Fox (Dezember 2001)
- Heft 11:** José Antonio Sanahuja: Frieden, Demokratie und Entwicklung in der „Strategischen Partnerschaft“: Die Europäische Union und Lateinamerika vor dem dritten Gipfeltreffen (Dezember 2003)
- Heft 12:** Hugo Fazio Vengoa: Spanien und Lateinamerika: Die europäische Dimension der Beziehungen (Oktober 2003)
- Heft 13:** Rodrigo Arocena: Uruguay: Zwischen Niedergang und neuen Wegen (November 2003)
- Heft 14:** Hartmut Sangmeister: Der ALCA-Prozess: James Monroe versus Simón Bolívar (November 2003)
- Heft 15:** Bruno Wilhelm Speck: Die Kommunalwahlen im Oktober 2004 in Brasilien – Gradmesser für die Befindlichkeit der Demokratie (März 2005)
- Heft 16:** Miguel Chávez Albarrán / Enrique Fernández Darraz: Ist eine vierte Regierungsperiode der *Concertación* möglich? Ein Vorbericht zu den Präsidentschaftswahlen in Chile im Dezember 2005 (November 2005)

© Ibero-Amerikanisches Institut Preußischer Kulturbesitz, Potsdamer Straße 37,
10785 Berlin

ISBN 3-935656-24-6